



Umbau der Thüringer Energiewirtschaft

Linksfraktion fordert von Landesregierung eine integrierte Planung für die Energiewende

Anforderungen an die Landesregierung zur integrierten Planung und Unterstützung der Energiewende – 537 Tage nach der Regierungserklärung der Thüringer Ministerpräsidentin – hatte die Linksfraktion in einer Pressekonferenz am 11. September in Erfurt deutlich gemacht und eine erneute Regierungserklärung verlangt (s. untenstehenden Beitrag).

Gemeinsam mit der LINKEN Landrätin des Ilmkreises, Petra Enders, dem energiepolitischen Sprecher der Fraktion und Bürgermeister der Solarkommune Viernau, Manfred Hellmann, sowie dem Landtagsabgeordneten Ralf Kalich, Bürgermeister von Blankenstein und Haushaltspolitiker der Linksfraktion, forderte Bodo Ramelow u.a. den Auf- und Ausbau einer Landesenergiegesellschaft. „Wohin soll die Energiewende in Thüringen gehen? Uns fehlen die Antworten der Landesregierung“, so der Fraktionsvorsitzende.

Er verwies auf das Chaos in der Bundesregierung, „wo sich die Ministerien wechselseitig die Beine stellen“. Und auch in Thüringen sei dies nicht anders – „aber eine ungeordnete Energielandschaft hilft uns nicht weiter“. Ebenso wenig, wenn „eine regenerative Energie gegen die andere ausgespielt wird“. Notwendig sei eine „integrierte Planung zum Umbau der Thüringer Energiewirtschaft – regional, dezentral und regenerativ“. Es müsse geprüft wer-

den, inwiefern „jede Region, jede Gemeinde, jedes Haus selbst Energie produzieren kann“, unterstrich Bodo Ramelow die Anforderung der Linksfraktion an die Landesregierung.

Petra Enders bekräftigte die Notwendigkeit des Umbaus hin zu dezentralen Strukturen „statt mit dem Neubau einer Höchstspannungsstrasse die die großen Energiemonopole zu zementieren“. Entschieden protestierte sie gegen den Baubeginn der 380-kV-Trasse im Abschnitt nach Altenfeld im Thüringer Wald, der gegen den Planfeststellungsbeschluss verstoße, weder mit dem Landkreis und den betroffenen Gemeinden noch mit den Naturschutzbehörden abgestimmt sei.

Ein Antrag auf Baustopp wurde beim Landesverwaltungsamt gestellt. Statt vorhandene alternative Technologien wie die auf Gleichstrombasis zu nutzen würden Fehlinvestitionen großen Ausmaßes getätigt. Kosten, die letztlich die Bürger zu zahlen hätten.

Ökologisch und für die Bürger gewinnbringend zugleich sei es hingegen, Energie vor Ort zu produzieren, sagte Manfred Hellmann mit Verweis auf die in seiner Gemeinde Viernau gegründete Energiegenossenschaft. Ende des Monats geht die Solaranlage in Betrieb und wird ein Megawatt Naturstrom ins Netz bringen. Unter den 620 Genossenschaftlern ist übrigens auch Bodo Ramelow. ■



Während des Pressegesprächs in der Linksfraktion: Bodo Ramelow mit der Landrätin des Ilmkreises, Petra Enders, und dem Energiepolitiker und ehrenamtlichen Bürgermeister der Gemeinde Viernau, Manfred Hellmann.

AKTUELL

Zur Regierungserklärung aufgefordert

Wenn der Thüringer Landtag jetzt ab dem 19. September zu seiner ersten Tagung nach der parlamentarischen Sommerpause zusammentritt, steht auch ein Antrag der Linksfraktion auf der Tagesordnung, mit dem die Thüringer Ministerpräsidentin zu einer Regierungserklärung aufgefordert wird. Diese soll zum Thema haben: „Konsequenzen aus dem Atomausstieg, verlässliche Planung zum Umbau der Thüringer Energiewirtschaft dezentral, regional und regenerativ“.

In der Begründung des Antrags wird auf die im vergangenen Jahr gehaltene Regierungserklärung von Christine Lieberknecht verwiesen, wo sie vor dem Landtag zu den Schwerpunkten und Aufgaben der

Landesregierung in der Energiepolitik berichtet hatte. „Seit diesem Zeitpunkt hat sich die Energiepolitik in der Bundesrepublik und im Freistaat rasant entwickelt und zum Teil verändert“, heißt es.

Und weiter: „Es ist an der Zeit, eine Wertung der damaligen Aussagen vorzunehmen. Die Fraktion DIE LINKE erwartet, dass die Thüringer Ministerpräsidentin dem Landtag berichtet, welche Ergebnisse in Thüringen in der Energiepolitik erzielt wurden und welche Schwerpunkte und Aufgaben sich die Landesregierung für die Zukunft stellt.“

In dem von Bodo Ramelow auf der Pressekonferenz (s. Beitrag oben) vorgestellten Papier zu den „Anforderungen an die Landesregierung für eine in-

tegrierte Planung und Unterstützung der Energiewende“ wird u.a. betont, dass alle Ministerien „unter Federführung einer Planungsinstitution alle Ressourcen zum Energieeinsparen und zur Energieproduktion optimiert nutzen“ müssen.

Dabei sollte der „Masterplan für die Energiewende eine eindeutige Abkehr von der traditionellen Megatechnologie hin zur kleinteiligen Energieproduktion als Zielstellung haben. Statt gigantische Energieströme quer durch die Bundesrepublik zusätzlich zu transportieren, wobei Thüringen nur Transitland wäre, muss gefordert werden, dass jedes Bundesland einen eigenen Energieplan erarbeitet“, so unterstreicht der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag. ■

KOMMENTIERT:

von Martina Renner

Grundrechte schützen

Drei Rechtsanwälte aus Thüringen haben Verfassungsbeschwerde gegen das im Jahr 2008 novellierte Thüringer Polizeiaufgabengesetz eingereicht. Es berechtigt die Polizei, im besonders geschützten Bereich von Berufsgeheimnisträgern, z.B. Rechtsanwälten und Seelsorgern, aktiv zu werden.

Kern der Beschwerde sind aber die Befugnisse, im Rahmen der Gefahrenabwehr in den unantastbaren Kernbereich der persönlichen Lebensgestaltung durch Lausch- und Spähangriff einzugreifen.

Bei der Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof in Weimar haben die Beschwerdeführer wiederholt, was durch DIE LINKE bereits moniert wurde. Die Eingriffsbefugnisse für die Polizei in Thüringen sind zu weitreichend, in Teilen unbestimmt und gewähren den staatlichen Institutionen einen Blick ins Private, was ihnen ausdrücklich durch bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Lauschangriff erheblich erschwert wurde.

Die betroffene Berufsgruppen, Bürgerrechtler, Vereine und Verbände erwarten zu Recht, dass die extrem weit reichenden Eingriffsbefugnisse der Polizei sowie die unzureichenden Schutzregularien für die Bürger vom Thüringer Verfassungsgericht gekippt werden. Nicht ohne Grund räumt kein anderes Bundesland der Polizei solche Befugnisse ein.

Bürger müssen vor den Datenbedrohlichkeiten einer bürgerrechtsfeindlichen Politik geschützt werden. Es ist ein Armutszeugnis für die Politik, dass Gerichte Sicherheitsgesetze überprüfen müssen, ob sie überhaupt verfassungskonform sind.

Die Linksfraktion wird im Rahmen der wohl auch bald verfassungsrechtlich zwingend notwendigen Novelle des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes Vorschläge unterbreiten, damit die Interessen der Gefahrenabwehr und die Belange des Schutzes privater Bereiche vor einem grenzenlosen Zugriff des Staates wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.

Das Bedürfnis nach mehr Sicherheit, nach mehr Information, nach immer besseren und weiter reichenden Befugnissen für die Polizei darf nicht dazu führen, dass die als Schutzrechte des Einzelnen gegenüber dem Staat ausgestalteten Grundrechte immer mehr aufge- weicht werden. ■